

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Kultur | Postfach 71 24 | 24171 Kiel

**Ministerin**

Der Vorsitzende des  
Finanzausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christian Dirschauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/5749

nachrichtlich:

Frau Vizepräsidentin des  
Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Frau Silke Seemann  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

über

Finanzministerium des Landes  
Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

gesehen  
und weitergeleitet  
Kiel, den 18.12.2025  
gez. Staatssekretär Oliver Rabe

11. Dezember 2025

**Bemerkungen 2024 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein und  
Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2022;  
hier: Tz. 13 „Unterrichtsorganisation und -versorgung an öffentlichen  
Gemeinschaftsschulen“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Beschluss vom 28. Februar 2025 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner 31. Tagung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2022 Entlastung erteilt mit der Maßgabe, die vom Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages in der Drucksache 20/2920 angeregten Maßnahmen einzuleiten und dem Finanzausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten. Dem komme ich im Hinblick auf die Tz. 13 der

Voten zu den Bemerkungen 2024 erbetenen Berichte gerne nach und darf im Folgenden berichten: Das MBWFK hat das anliegende Konzept über die dauerhafte Sicherstellung der Unterrichtsversorgung erarbeitet. Darin sind die drei Ebenen der Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schulen – Planstellenversorgung, Unterrichtsabdeckung sowie Unterrichtsumsetzung – beschrieben.

Der Prozess zur Planstellenversorgung als Ebene der Unterrichtsversorgung wird detailliert dargestellt und das Konzept zur Lehrkräftegewinnung im Hinblick auf den Schwerpunkt Gemeinschaftsschulen erläutert. Das Konzept beinhaltet darüber hinaus Überlegungen wie eine Aufgabenreduzierung für Lehrkräfte bei gleichbleibender Unterrichtsversorgung erreicht werden kann.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Dorit Stenke

**Anlage:** Konzept über die dauerhafte Sicherstellung der Unterrichtsversorgung

Konzept zur dauerhaften  
Sicherstellung der  
Unterrichtsversorgung  
allgemeinbildender Schulen am  
Beispiel der Gemeinschaftsschulen

## Inhaltsverzeichnis

1. Steuerungsebenen und -möglichkeiten der Unterrichtsversorgung.....	S. 3
2. Die zwei Säulen der Unterrichtsversorgung auf der Ebene A:.....	S. 7
Planstellenversorgung und Lehrkräftegewinnung	
2a. Planstellenversorgung öffentlicher Schulen – Prozessablauf.....	S. 7
2b: Konzept zur Lehrkräftegewinnung – Kurzdarstellung mit dem Schwerpunkt Gemeinschaftsschulen.....	S. 9
3. Unterrichtsfremde Tätigkeiten von Lehrkräften – Überlegungen zur Aufgabenreduzierung für Lehrkräfte bei gleichbleibender Unterrichtsverpflichtung.....	S. 14
4. Zusammenfassung und Ausblick.....	S. 16

## **1. Steuerungsebenen und –möglichkeiten der Unterrichtsversorgung**

Der Begriff „Unterrichtsversorgung“ ist ein Oberbegriff, der in unterschiedlichen Kontexten mit wechselnden inhaltlichen Bezügen verwendet wird. Vor diesem Hintergrund ist eine Darstellung der drei Ebenen der Unterrichtsversorgung mit den dazugehörigen Steuerungsmöglichkeiten erforderlich. Die Darstellung bezieht sich auf die allgemeinbildenden Schulen und ist auf die Gemeinschaftsschulen anwendbar.

Die Unterrichtsversorgung der einzelnen Schule setzt sich zusammen aus Planstellenversorgung, Unterrichtsabdeckung und Unterrichtsumsetzung.

Dabei sind die Ebenen Planstellenversorgung und Unterrichtsabdeckung rechnerische Planungsgrößen. Die Ebene der Unterrichtsumsetzung bildet den täglich tatsächlich stattfindenden Unterricht auf der Basis von Planstellenversorgung und Unterrichtsabdeckung ab.

Die Unterrichtsversorgung verteilt sich auf drei Ebenen:

### Ebene A: Planstellenversorgung der einzelnen Schule

Die Planstellenzuweisung und die Planstellenversorgung der einzelnen Schule ist das Ergebnis des jährlichen Planstellenzuweisungsverfahrens (PZV). Im PZV werden die auf der Grundlage des jeweiligen Landeshaushalts insgesamt für das Schulsystem zur Verfügung stehenden Planstellen letztendlich bis auf die einzelnen Schulen verteilt.

Die Zuweisung der Planstellen an die einzelnen Schulen erfolgt auf der Grundlage der Haushaltsvorgaben nach einem schülerzahlbezogenen Schlüssel (Grundzuweisung) und unter Berücksichtigung der Differenzierungsvorgaben sowie unter Berücksichtigung schulischer Besonderheiten wie z. B. Ganztagsbetrieb und Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Mit diesem Verfahren wird eine Verteilung der Lehrkräfte auf der Grundlage von vergleichbaren Daten vorgenommen.

Die Grundzuweisung wiederum wird auf der Basis der jeweils gültigen Stundentafeln berechnet. Dadurch wird sicher gestellt, dass der gemäß Erlass zu unterrichtende

Stundenumfang rechnerisch auskömmlich mit Planstellen hinterlegt ist.

Die Zuständigkeit für das PZV liegt im Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK). Auf der Ebene A mit der Planstellenversorgung liegt somit die direkte Steuerungsmöglichkeit für das MBWFK hinsichtlich der Unterrichtsversorgung der einzelnen Schule. Das Konzept fokussiert sich daher auf Maßnahmen der Ebene A.

#### Ebene B: Unterrichtsabdeckung an den einzelnen Schulen

Die Unterrichtsabdeckung, d. h. die Verteilung der zugewiesenen Planstellen zur Sicherstellung des Unterrichts liegt in der Zuständigkeit der Einzelschule. Die Schulen verteilen gemäß PZV-Erlass die ihnen zugewiesenen Planstellen auf die Primarstufe, die Sekundarstufe I (Sek I) und die Sekundarstufe II (Sek II) nach Maßgabe der rechtlichen Rahmenbedingungen (Primarstufe: verlässlich zu erteilender Unterricht, Sek I: Unterricht gemäß Kontingentstundentafel, Sek II: verlässlich zu erteilender Unterricht gemäß den Vorgaben der OAPVO).

Die Schulen sind dabei verpflichtet, die zugewiesenen Planstellen effizient für die Unterrichtsversorgung der Klassen einzusetzen. Bei der Bildung der Klassen und Lerngruppen ist daher eine ressourcenschonende Einteilung zu beachten.

Ist in den Jahrgangsstufen der Primarstufe und der Sekundarstufe I die voraussichtliche durchschnittliche Lerngruppengröße kleiner als 22 (Lerngruppengröße an Grundschulen (GS) gemäß PZV-Erlass) bzw. 25 (Lerngruppengröße Sek I gemäß PZV-Erlass), ist die beabsichtigte Klassen- bzw. Lerngruppenbildung der Schulaufsicht zur Genehmigung vorzulegen.

Ist in den Jahrgangsstufen der Sekundarstufe II die voraussichtliche durchschnittliche Lerngruppengröße kleiner als 23 (Lerngruppengröße Sek II gemäß PZV-Erlass), ist die beabsichtigte Klassen- bzw. Lerngruppenbildung der Schulaufsicht zur Genehmigung vorzulegen.

Die Abweichungen sind gegenüber der direkt zuständigen Schulaufsicht zu begründen und/oder es ist aufzuzeigen, wie und in welchem Zeitraum der erhöhte Einsatz von Lehrkräften wieder ausgeglichen wird.

Die Bekanntgabe der Planungen für die Klassen- bzw. Lerngruppenbildungen an den Schulen erfolgt erst nach Genehmigung durch die Schulaufsicht.

Die Zuständigkeit und direkte Steuerungsmöglichkeit für die Verteilung der zugewiesenen Planstellen auf die Schulstufen liegt bei der jeweiligen Schule und der Schulleiterin/dem Schulleiter.

Das MBWFK in Gestalt der direkten Schulaufsicht hat auf der Ebene B eine indirekte Steuerungsmöglichkeit über die Genehmigungspflicht bei abweichenden Lerngruppengrößen. Des Weiteren können die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten bei den jährlichen Qualitätsentwicklungsgesprächen auf der Grundlage des Schuldatenblatts regelmäßig auf den Bereich der Unterrichtsabdeckung und die Unterrichtsverteilung der Einzelschule zu sprechen kommen. Auf diesem Weg können einerseits durch die schulaufsichtliche Begleitung mit Schulleiterinnen und Schulleitern ggf. Schwachstellen in der Unterrichtsabdeckung/Unterrichtsverteilung ausgelotet werden, andererseits können die Schulaufsichtsbeamten das Wissen um gute Lösungen für die Unterrichtsabdeckung vor Ort im Gespräch mit der nächsten Schulleitung als Information weitergeben.

#### Ebene C: Unterrichtsumsetzung an der einzelnen Schule

Die Unterrichtsumsetzung erfolgt in dem durch das Alltagsgeschäft an Schule möglichem Rahmen (situativer Unterrichtsausfall aufgrund von Krankheiten, Unterrichtsausfall aufgrund von Prüfungen, Unterrichtsausfall, da die zuständige Lehrkraft in einer anderen schulischen Veranstaltung z. B. aufgrund einer Exkursion (Lernen am anderen Ort) gebunden ist, Möglichkeiten oder nicht vorhandenen Möglichkeiten von Vertretungsunterricht etc.). Hierbei sind seitens der Schule die rechtlichen Rahmenbedingungen wie z. B.

Regelungen zur Mehrarbeit für Beamte und Angestellte und der Erlass zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte vom 24. April 1995 in der Fassung vom 23. Juni 1999 zu beachten.

Die direkte Steuerungsmöglichkeit für die Unterrichtsumsetzung an den einzelnen Schulen liegt bei der jeweiligen Schule, konkret in dem alltäglichen Vertretungs- und Stundenplangeschäft i. d. R. durch die stellvertretende Schulleiterin/den stellvertretenden Schulleiter (gemäß II.3 Aufgabenbeschreibung für Funktionsstellen, Erlass des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 18. Mai 1998) auf der Basis der an der Schule getroffenen Regelungen z. B. zum Vertretungskonzept der Schule.

Die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten können bei den jährlichen Qualitätsentwicklungsgesprächen auf der Grundlage des Schuldatenblatts regelmäßig auf den Bereich der Unterrichtsumsetzung zu sprechen kommen, da die Daten des Portals zur Unterrichtserfassung in Schleswig-Holstein (PUSH-Daten) Bestandteil des Datenblatts sind, um mit Schulleiterinnen und Schulleitern ggf. Schwachstellen auszuloten, aber auch gute Lösungen zu finden.



## **2. Die zwei Säulen der Unterrichtsversorgung auf der Ebene A: Planstellenversorgung und Lehrkräftegewinnung**

### **2a. Planstellenversorgung öffentlicher Schulen - Prozessablauf**

Im Planstellenzuweisungsverfahren werden für jedes Schuljahr die im Haushalt zur Verfügung stehenden Planstellen bedarfsorientiert zunächst auf die Schularten und dann auf Schulen verteilt.

#### Schritt 1 - Bedarfsermittlung:

Die jeweils zuständige Schulaufsicht im für Bildung zuständigen Ministerium ermittelt die Bedarfe ihrer Schulart. Hierbei werden die Bedarfe jeder einzelnen Schule zu einem Gesamtbedarf für die Schulart addiert.

Die Bedarfsermittlung für Unterricht basiert auf der Schülerzahl, der vorgegebenen durchschnittlichen Lerngruppengröße und den aktuell gültigen Stundentafeln inkl. der weiteren Bedarfe für Unterricht, hierzu gehören u. a. Differenzierungsstunden und der Frequenzausgleich für inklusive Beschulung.

Darüber hinaus werden die Stellenbedarfe für sonstige schulische Aufgaben berücksichtigt, hierzu gehört u. a. die Leitungszeit entsprechend der Schulart und Schulgröße, sowie die Bedarfe zur Umsetzung weiterer Maßnahmen und Projekte zur Entwicklung von Schule und Unterricht, wie z. B. dem Landesprogramm „Zukunft Schule im digitalen Zeitalter“ oder der Sprachstandsermittlung am Übergang von der Kita zur Grundschule. Auch weitere außerunterrichtliche Bedarfe werden berücksichtigt, u. a. die Bedarfe für Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.

#### Schritt 2 - Planstellenverteilung auf die Schularten:

Die ermittelten Bedarfe der Schularten werden im für Bildung zuständigen Ministerium miteinander abgeglichen und eine möglichst gleichmäßige Verteilung der im Haushalt für das PZV verfügbaren Stellen auf die Schularten ermittelt. Dabei wird zugleich darauf

geachtet, dass in allen Schularten Einstellungsmöglichkeiten erhalten bleiben, was dazu führen kann, dass die Planstellenversorgung für jede Schulart etwas unterschiedlich ausfällt.

### Schritt 3 – Erlasse zum Planstellenzuweisungsverfahren (PZV-Erlasse):

Die PZV-verantwortlichen Schulaufsichten der Referate 30, 32, 33 stellen die sogenannten PZV-Erlasse auf, in denen jeder Schule auf Basis der Schülerzahl und der ermittelten sonstigen Bedarfe ein entsprechender Anteil an Planstellen zugewiesen wird. Mit der Veröffentlichung der Erlasse erhält dann jede Schule das schulscharfe PZV.

## **2b: Konzept zur Lehrkräftegewinnung – Kurzdarstellung mit dem Schwerpunkt Gemeinschaftsschulen**

Das Bildungsministerium verfolgt mit dem Handlungsplan „**Lehrkräftegewinnung**“ eine umfassende, systematisch aufgebaute Strategie zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Der Plan umfasst kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, die bei der Beruflichen Orientierung an Schulen ansetzen, alle Phasen des Lehramtsstudiums und der Ausbildung einbeziehen und darüber hinaus Lehrkräfte im aktiven Schuldienst berücksichtigen.

Seit Februar 2023 wurden im Rahmen des Handlungsplans vier Maßnahmenpakete umgesetzt:

- **Das erste Paket** zielte auf kurzfristige Lösungen ab, insbesondere zur Sicherung des Unterrichts, zur Entlastung sowie auf Sofortmaßnahmen.
- **Das zweite Paket**, veröffentlicht im Juni 2023, legte den Schwerpunkt auf die Qualität der Lehrkräftebildung mit besonderem Fokus auf Praxisbezug und Ausbildungsstruktur.
- **Das dritte Paket** vom April 2024 griff Themen wie Matchingprobleme und Studienerfolg im Lehramtsstudium auf und beinhaltete Maßnahmen zur Stärkung von Bedarfskreisen sowie multiprofessioneller Teams an Schulen.
- **Mit dem vierten Paket** vom Juni 2025 wird dieser Weg konsequent fortgeführt. Es setzt gezielt an strukturellen Hebeln an – durch die Verbesserung der Studienbedingungen, die Öffnung des Systems für neue Zielgruppen und die Integration internationaler Fachkräfte.

Auf diese Weise entsteht ein kohärenter, mehrstufiger Maßnahmenprozess, der kurzfristige Entlastungen ermöglicht und zugleich langfristige Veränderungen im System anstrebt. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden ausgewählte Maßnahmen dargestellt, die mit Blick auf die Schulart Gemeinschaftsschule entwickelt wurden.

### **Maßnahmen mit Schwerpunkt Gemeinschaftsschule:**

- **Erweiterte Möglichkeiten für den Vorbereitungsdienst**  
Absolventinnen und Absolventen des Master of Arts für das Lehramt an Gymnasien können den Vorbereitungsdienst freiwillig auch an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe absolvieren und so die Lehramtsbefähigung für das Lehramt an Gemein-

schaftsschulen erwerben. Ergänzend wird ein vereinfachter Wechsel zurück in das Lehramt an Gymnasien ermöglicht. Diese Flexibilisierung erhöht das Interesse an einem Einsatz an Gemeinschaftsschulen und steigert die Attraktivität des Berufseinstiegs insgesamt.

- **Entfristungsperspektive für Lehrkräfte mit Lehramtsbefähigung an berufsbildenden Schulen**

Befristet eingestellten Lehrkräften mit einer Lehramtsbefähigung an berufsbildenden Schulen wird die Möglichkeit eröffnet, über den Zugang zum Lehramt an Gemeinschaftsschulen oder Grundschulen eine Planstelle zu erhalten. Damit wird eine langfristige Perspektive geschaffen und der Übergang in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse erleichtert.

- **Direkteinstieg mit Qualifizierungsweg**

An Grund- und Gemeinschaftsschulen wird ein Direkteinstieg für geeignete Bachelorabsolventinnen und -absolventen eingeführt. Dieser ist mit einem mehrjährigen, strukturierten Qualifizierungsweg verbunden (Start: Schuljahr 2026/27). Das Modell ermöglicht einen frühzeitigen Berufseinstieg neuer Zielgruppen und verbindet diesen mit einer systematischen pädagogischen und fachlichen Weiterentwicklung.

- **Freiwillige Abordnung von Gymnasiallehrkräften**

Lehrkräften mit dem Lehramt an Gymnasien wird die Möglichkeit eröffnet, sich freiwillig an Grundschulen oder Gemeinschaftsschulen abordnen zu lassen. Diese Maßnahme unterstützt die bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung und eröffnet den Lehrkräften zugleich neue Einblicke in unterschiedliche Schularten.

Neben diesen schulartspezifischen Ansätzen stehen zahlreiche weitere Maßnahmen im Fokus, die **schulartübergreifend** angelegt sind und damit auch die Gemeinschaftsschulen positiv beeinflussen. Zwei Handlungsfelder sind hierbei besonders hervorzuheben: die **Stärkung des Lehramtsstudiums** und die **Integration internationaler Lehrkräfte**.

## Stärkung des Lehramtsstudiums – Vorhaben der Allianz für Lehrkräftebildung

Die Allianz für Lehrkräftebildung hat eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die auf eine Verbesserung der Studienbedingungen, eine Verringerung von Abbruchquoten und eine nachhaltige Qualitätssteigerung im Lehramtsstudium zielen:

- Einrichtung eines **Lernzentrums Mathematik** an der CAU, mit dem durch ein temporäres, intensives Coaching in Kleingruppen für Studierende mit Lernschwierigkeiten die Studienabbruchquote bis 2027 signifikant verringert werden soll.
- Die **E-Assessments Digitales und Adaptives Diagnostik- und Empfehlungsmanagement (DIADEM) und DIAMINT als Teil des DIADEM-Projekts mit Fokus auf die MINT-Fächer** starten mit ihrem aktuell erweiterten Angebot ebenfalls zum Wintersemester 2025/26. Sie bereiten diagnostische Daten auf und bieten automatisierte Rückmeldungen mit passenden Förderangeboten für verschiedene Fachbereiche. Studierende erhalten individuelle Feedbacks zur Reflexion ihrer Kompetenzen und Empfehlungen für Fördermaßnahmen. Die Online-Potentialanalyse für das Lehramtsstudium OPAL wird zusätzlich überarbeitet – für bessere Studienwahl und mehr Studienerfolg.
- Mit Hilfe des **Lehramtsstudierenden-Panels (STEPS)** an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU) und Europauniversität Flensburg (EUF) sollen Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge genutzt werden. STEPS liefert eine fundierte Grundlage, um die Lehrkräftebildung für die Zukunft datenbasiert weiterzuentwickeln.
- Durch die Einrichtung einer **Studiengangskoordination** an der EUF sollen die Informations- und Beratungsstrukturen für die Studierenden verbessert und die Orientierung im Studium vereinfacht werden mit dem Ziel einer Verbesserung von Studienorganisation und Studienerfolg sowie einer Entlastung der Lehrenden.
- **MILeNa.SH** ist ein MINT-Nachwuchsprojekt an der EUF und CAU, dass zum kommenden Wintersemester mit bis zu 100 Oberstufenschüler/-innen startet. Die Vorbereitung läuft seit Herbst 2024 und es werden Schulen in zwei Modellregionen eingebunden.
- Seit 2. September 2024 werden verschiedene Informationsangebote online unter **sh-allianz-lehrkraeftebildung.de** gebündelt. Die Webseite bietet umfassende Infos

zu Lehramtsstudium, Maßnahmen und Akteuren. Damit wird die Transparenz und Sichtbarkeit des Lehramtsstudiums und aller relevanter Akteure weiter gestärkt.

- Das Projekt **Prototyp-Studiengangsentwicklung Chemie** an der CAU entwickelt am Beispiel Chemie einen Prototyp zur besseren Integration fachlicher und lehramtsspezifischer Anforderungen in Lehramtsstudiengängen. Ziel ist eine übertragbare, forschungsbasierte Studiengangsentwicklung.
- **Studieren lernen für das Lehramt:** An der EUF fördern sechs Pilotprojekte – u. a. Tutorien, Lernvideos, Workshops und Orientierungstage – gezielt Studienerfolg und Orientierung in der Eingangsphase, mit Fokus auf MINT-Fächer und dem zentralen Teilstudiengang „Bildung – Erziehung – Gesellschaft“, der alle Lehramtsstudierenden betrifft.
- Ausbau individueller **Beratungsstrukturen und Reflexionsformate** an der CAU und EUF zur besseren Profilierung und Orientierung im Lehramtsstudium.
- **Gewinnung von Lehramtsstudierenden an der EUF:** Die Maßnahme will durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit mehr Studieninteressierte für das Lehramt gewinnen und die Darstellung des Studiums professionalisieren. Geplant sind unter anderem zielgruppenorientierte Kommunikation, optimierte Online-Informationen und stärkere Sichtbarkeit der Studiengänge.
- **Gewinnung von Lehramtsstudierenden an der CAU:** Aufbau eines einheitlichen Konzepts zur Öffentlichkeitsarbeit – mit mobilem und digitalem „Schaufenster“ ins Lehramtsstudium sowie Aufbau eines Alumni-Netzwerks zur Stärkung von Identifikation und Zugehörigkeit.
- Ermöglichung weiterer **Doppelfach-Studiengänge:** Neue Möglichkeit zur Einführung von Doppelfach-Studiengängen in den Lehramtstypen 3, 4 und 5 (GemS, Gym & BBS) – für mehr Flexibilität und gezielte Reaktion auf zukünftig sich verändernde Bedarfe in Mangelfächern.

### **Integration internationaler Lehrkräfte**

Parallel dazu wurde die Anerkennung und Integration internationaler Lehrkräfte systematisch ausgebaut, um zusätzliche personelle Ressourcen zu aktivieren. Gemeinschaftsschulen profitieren hiervon ebenso wie andere Bedarfsschulformen.

- **InterTeach Plus** ist die Weiterentwicklung zweier Qualifizierungsprogramme an der EUF zur Vorbereitung internationaler Lehrkräfte auf den Schuldienst in Deutschland. Ergänzend zu Sprachkursen und fachlicher Qualifizierung bietet das Programm nun auch praxisnahe Workshops, Coaching und Schulpraktika – mit dem Ziel, Berufsfähigkeit und Integration gezielt zu stärken.
- Das **AQuA-Programm** an der CAU qualifiziert internationale Lehrkräfte für den Schuldienst in Schleswig-Holstein und entwickelt die Angebote nachhaltig weiter. Aufbauend auf InterTeach (existiert seit 2020) wird es künftig auch auf weitere Bedarfsfächer und internationale Bachelor-Absolventinnen und Absolventen ausgeweitet.
- Die **Anerkennung ausländischer Lehramtsabschlüsse** wird erleichtert: Künftig ist auch eine Zuordnung zu einem anderen Lehramt möglich – bei mindestens drei Jahren einschlägiger Berufserfahrung innerhalb der letzten zehn Jahre im In- und Ausland.
- **Weiterentwicklung von Anpassungslehrgang & Eignungsprüfung:** Ziel ist die Weiterentwicklung der Anerkennung und Qualifizierung ausländischer Lehrkräfte. Der Anpassungslehrgang wurde zum kommenden Schuljahr überarbeitet: zu Beginn Hospitation und Teamteaching statt eigenverantwortlichem Unterricht, halbjährliche Leistungsdokumentation durch die Schulleitung und verpflichtende Sprachförderung über C1-Niveau hinaus für einen guten Start ins Berufsleben. Zudem wird die Pflicht zur Wahl zwischen Eignungsprüfung und Anpassungslehrgang aufgehoben.
- **Deutsch als Zweitsprache (DaZ)** wird einem Fach gleichgestellt: Durch eine Gesetzesänderung wurde DaZ zum 01. Februar 2025 einem Unterrichtsfach gleichgestellt – ein wichtiger Schritt zur Stärkung und Professionalisierung des Fachs. Geprüft wird nun ein eigenständiger DaZ-Lehramtsstudiengang mit Kiel und Flensburg.

### **Ergänzende Maßnahme: AbordnungPlus**

Mit dem Vorhaben „**AbordnungPlus**“ konnten durch verbindliche, dreijährige Abordnungen bereits 14 Stellen an Bedarfsschulen besetzt werden. Dieses Instrument

trägt wesentlich dazu bei, insbesondere Schulen in herausfordernden Regionen personell zu stabilisieren.

### **3. Unterrichtsfremde Tätigkeiten von Lehrkräften – Überlegungen zur Aufgabenreduzierung für Lehrkräfte bei gleichbleibender Unterrichtsverpflichtung**

#### **Vorbemerkung:**

Die Entlastung der Lehrkräfte von unterrichtsfremden Tätigkeiten, für die eine Lehrkraft keine Ermäßigungsstunde erhält, führt nicht zu einer erhöhten Anzahl von Lehrerwochenstunden, die ein Schulleiter auf der Ebene B oder C umsetzen könnte.

Eine solche Entlastung könnte jedoch langfristig dazu führen, dass Lehrkräfte, die aktuell unter den gegebenen Rahmenbedingungen der unterrichtsfremden Tätigkeiten in Teilzeit arbeiten, um mit der Arbeitsbelastung einerseits und dem Selbstanspruch an ihre Arbeit andererseits umgehen zu können, dann wieder vermehrt in Vollzeit arbeiten und so zusätzliche Lehrerwochenstunden in das schulische System fließen könnten.

Dies könnte punktuell an einer Schule, an der alle Planstellen, die zur Verfügung stehen, besetzt sind, dazu führen, dass der Schule temporär mehr Ressource zur Verfügung stünde, als sie gemäß PZV bekommen sollte. In einem solchen Fall müsste dieser Überhang im Rahmen der beamtenrechtlichen Möglichkeiten systemverträglich abgebaut werden, z. B. durch zeitlich befristete Abordnungen.

#### **Pilot: Verwaltungskräfte an Schule**

In der Frage der dauerhaften Sicherstellung der Unterrichtsversorgung fließen seitens des Landesrechnungshofs auch Überlegungen dazu ein, wie die Lehrkräfte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und dazu von weiteren Kräften unterstützt werden können.

Ein Aspekt ist hier der Einsatz von Schulverwaltungskräften. In dem entsprechenden noch bis zum 31.07.2026 laufenden Modellvorhaben wurde an fünf ausgewählten



Modellstandorten jeweils eine Schulverwaltungskraft eingestellt. Von den fünf Projektstandorten sind in drei Fällen Gemeinschaftsschulen umfasst:

1. Gemeinschaftsschule mit Oberstufe im Verbund mit einem Gymnasium
2. Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe zusammen mit einer Grundschule
3. Verbund von zwei Grund- und Gemeinschaftsschulen zusammen mit einer Grundschule

Das Projekt orientiert sich an den Empfehlungen des Landesrechnungshofs in seinen Bemerkungen 2021 (Tz. 13 „Schulleiter: Verwaltung, Gestalter und Lehrer“), wonach Verwaltungsmitarbeiter die Schulleitungen in der Ausübung administrativ-organisatorischer Arbeiten entlasten könnten. Zielrichtung des Vorhabens ist entsprechend vorrangig die Erprobung einer zusätzlichen Ressource zur Unterstützung von Schulleitungen im Bereich der administrativen Aufgaben, damit diese einen stärkeren Fokus auf die Wahrnehmung von Leitungsaufgaben im Bereich der Schul- und Personalentwicklung legen können. Die Aufgabenbereiche der Schulverwaltungskräfte, die in Absprache mit der Schulleitung wahrgenommen werden, umfassen u.a. Aspekte der Personalverwaltung, des Veranstaltungsmanagements, der Terminvorbereitung und Dokumentationen.

Lehrkräfte können dann inhaltlich entlastet werden, wenn die Schulleitungen den Schulverwaltungskräften Aufgaben übertragen, die zuvor von Lehrkräften wahrgenommen wurden. Einen Einfluss auf die Unterrichtsversorgung würde der Einsatz von Schulverwaltungskräften jedoch nur dann haben, wenn Aufgaben umverteilt würden, die weder durch die Schulleitung oder Schulsekretariate noch z.B. im Rahmen der Aufgaben der Schulorganisation bei Altersermäßigung (§ 2 Absatz 2 Pflichtstundenverordnung) erfüllt werden, sondern für die Lehrkräften bisher Ausgleichsstunden gewährt wurden und diese Stundenermäßigung dann zugleich entfallen würde. Zusätzliche Unterrichtsstunden könnten auch generiert werden, wenn beim Einsatz einer Schulverwaltungskraft die Leitungszeit der betreffenden Schulleitungen gekürzt würde.

Im Hinblick auf die Schularten lassen die bisherigen Rückmeldungen aus den Modellstandorten keine wesentlichen Unterschiede und entsprechend keine Besonderheiten im Bereich der Gemeinschaftsschulen erkennen. Gelingensbedingungen sind vielmehr vor allem die Bereitschaft, bisher „schulfremdes“ Personal in einen neuen Aufgabenbereich einzuarbeiten und dabei an den Bedarfen der konkreten Schule orientiert

und unter Anpassung der bisherigen Zuständigkeiten (s.o.) die schulinternen Abläufe anzupassen.

#### **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Wird von Unterrichtsversorgung gesprochen, dann liegt diesem Thema die Erwartung zugrunde, dass Schülerinnen und Schüler im Idealfall vollumfänglich den Unterricht erhalten, der ihnen laut Stundentafel und Stundenplan zukommen soll.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Diskussion wird jedoch nicht über die Ebenen A und B gesprochen, sondern in der gesellschaftlichen Wahrnehmung wird oft über Ebene C gesprochen. Die Unterrichtsversorgung hängt also von einem guten Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen ab. Hier sind die Steuerungsmöglichkeiten über die Ebenen verteilt.

Das vorliegende Papier macht deutlich, dass zur dauerhaften Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an Gemeinschaftsschulen, aber auch an den anderen Schularten die Planstellenzuweisung (abhängig von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln) und die Unterrichtsverteilung der einzelnen Schule den Anforderungen der Kontingentstundentafeln für Primarstufe, Sekundarstufe I und II entsprechen müssen. Die Möglichkeiten der Einzelschule zur Unterrichtsverteilung sind wiederum abhängig vom Personalbestand der Einzelschule.

Somit ist grundlegend steuernd für eine gute Unterrichtsversorgung der Einzelschule auf der Steuerungsebenen A das PZV, auf Steuerungsebene B unterstützen die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung seitens des Landes die Optimierung der Personalbestände der Schulen.

Beide zusammen führen idealerweise dazu, dass eine Gemeinschaftsschule alle für eine Unterrichtsabdeckung im Rahmen der Kontingentstundentafel notwendigen Fachlehrkräfte im Personalbestand hat und somit die Unterrichtsversorgung gesichert ist. Dies ist im Verfahren übertragbar auf die anderen Schularten der allgemeinbildenden Schulen. Ebene C kann natürlich durch eine bessere Ressourcenausstattung auf den Ebenen A und B

begünstigt werden. Allerdings können auch in der Schule vor Ort wichtige Entscheidungen und Rahmenbedingungen für eine gute Unterrichtsversorgung gestaltet werden.